



Boschung Bruno, Bapst Markus

Geschäft "Schumacher AG, Schmitten"

Mitunterzeichner: -

Datum der Einreichung: 18.09.17

DAEC/DICS/DEE

Begehren

Seit das Geschäft des Staates mit der Firma Schumacher geplatzt ist, verbleibt im Sensebezirk ein ungutes Gefühl. Die Leute fragen sich, was jetzt passiert. Zudem brodet die Gerüchteküche.

Bevor der Staatsrat dem Grossen Rat ein neues Projekt präsentiert, wäre es von Vorteil, wenn er über die unternommenen Schritte zur Lagerung der Kulturgüter besser informiert. Die Bevölkerung hat zudem ein Recht darauf zu erfahren, wie der „Fall Schumacher“ abgeschlossen werden soll. Hier sind Gerüchte im Umlauf, die der Sache abträglich sind und nur durch entsprechende Informationen des Staatsrates ausgeräumt werden können.

Dies hat uns zu dieser Anfrage veranlasst und wir gelangen deshalb mit den nachstehenden Fragen an den Staatsrat:

1. Welche Kosten hat der noch nicht abgeschlossene Fall Schumacher bisher verursacht?
2. Der Staat Freiburg ist unserer Ansicht nach mitverantwortlich für die missliche Lage. Die Abklärungen im Vorfeld des Geschäfts waren mangelhaft. Der Staat Freiburg hat demnach eine zumindest moralische Verpflichtung, etwas für die Arbeitsplätze in Schmitten zu tun. Was hat der Staatsrat hierzu unternommen?
3. Hat sich der Staat Freiburg beim Geschäft juristisch beraten lassen? Was hat er unternommen, um solche „Pannen“ in Zukunft zu vermeiden?
4. Hat der Staat inzwischen eine Lösung für ein neues Lager für die Kulturgüter, welche heute verstreut unter schlechten Bedingungen gelagert werden müssen? Wann gedenkt er dem Grossen Rat ein neues Dekret vorzulegen?

—